

# STAATSARCHIV HAMBURG

---

314 -15 Oberfinanzpräsident  
Abl. 1998

---

F 401

Bestandskarte

---

---

---

---

---

---

---

5608

42/423

Tel.: 44 12 91

3

1.) Herr Rechtsanwalt  
Max Levy,  
Frankfurt a. Main  
Niederan 82

Betr.: Rückerstattungssache

Johanna Frank

24.3.58

26. MRZ. 1958

1x in 2. Inst.

Max Levy

RECHTSANWALT UND NOTAR

Postscheckkonto: 1509 83 Frankfurt (Main)

Telefon: 72 30 88

Bankkonto: Deutsche Bank, Frankfurt  
Roßmarkt, Kto.-Nr. 40 567FRANKFURT AM MAIN  
Niederan 82

15.12.1958

L/L.

an die  
Oberfinanzdirektion in Hamburg

H a m b u r g 13  
Hartungstr.5

Oberfinanzdirektion Hamburg	
BV u. BA	
Az.: 19. DEZ. 1958	
Etng.: 42/	27. DEZ. 1958
Sachg.: 423	

F.401 - BV 41/ 412

Az.: WiK 428/58

- Z. 20 949 - 2 -

In der Rückerstattungssache  
Johanna Frank gegen Deutsches Reich

bitte. ich, den Betrag aus dem Vergleich vom 4.12.1958 in Höhe von  
DM 13.000,--

auf das beko-Konto Nr.302953 (früher lib.Kto.) der Antragstellerin  
bei der Bank Gebr. Bethmann, Frankfurt/Main, Bethmannstr. zu überweisen.

Rechtsanwalt

1.) H. S.

2.) Z. d. A. (so schreiben noch Verfahren)

8/23/12.58.

Im Auftrag

(Dr. Grassmann)

2.) Hr. 1 Monat

Z.BA. 8/27/4.59

20. MRZ. 1959

24.3.56

26. MRZ. 1959

1.) Herr Rechtsanwalt  
Max Levy,

Frankfurt a. Main  
Niederan 82

Petr.: Rückerstattungssache

Johanna Frank  
11 2 19

1x in 2. Inst.

2

Max Levy  
RECHTSANWALT UND NOTAR  
Telefonkonto: 1509 83 Frankfurt (Main)  
Telefon: 72 30 88  
Bankkonto: Deutsche Bank, Frankfurt  
Roßmarkt, Kto.-Nr. 40 567

Oberfinanzdirektion Hamburg  
BV u. BA  
Az.:  
Eing.: 13. MRZ. 1959  
Sachgeb. 41

FRANKFURT AM MAIN den 10. März 1959  
Niederan 82 L/D

An die  
Oberfinanzdirektion  
Hamburg 13  
Harvestehuder Weg 14

F 401 - BV 41/42

Az.: WiK 428/58  
- Z. 20 949 - 2 -

Johanna Frank

In vorstehender Sache hatte ich am 15. Dezember 58 gebeten, den Betrag von DM 13.000.-- auf das Konto  
(jetzt neue Nummer: ) 310 163 bei der Bank Gebrüder Bethmann, Frankfurt/Main, Bethmannstrasse, zugunsten von Frau Johanna Frank zu überweisen.

Da bis heute der Betrag nicht eingegangen ist, wäre ich für baldige Erledigung im Interesse der 87jährigen Antragstellerin sehr verbunden.

Lebende Verfahren:

Widerspruch wegen Gold, Silber  
und Schmucke am 9. 3. 59 zurückgewiesen  
(Bf 3 U. Q 1) Wegen Frachtkosten  
am 7. 7. 58 vorzeitig Widerspruch (Bf 2 U. Q 3)  
- o. Sache kann daher Fragebogen abgesandt werden.

Hochachtungsvoll  
Rechtsanwalt

Im Auftrag

(Dr. Grassmann)

2.) Hr. 1 Monat

Z.B.A. 8/27/4.59

20. MRZ. 1959

# Fragebogen

Az.: O 5608 - F 401 - BV 42/423

OFD: H a m b u r g

## 1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Frank, Johanna geb. Katz

Geburtsdatum und Geburtsort:

1.11.1872

Witzenhansen bei Cassel. Hessen.

jetzige Anschrift:

Sderoth Hen 45, Tel. Aviv, Israel

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Leipzig.

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

## 2) Personalangaben des Verfolgten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

## 3) (von der OFD auszufüllen)\*:

Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

Vergleich vor dem Landgericht Hamburg Wiedergutmachungskammer vom 4.12.1958 - Umzugsgut -

Az.: WiK 428/58

Z 20949 -2-

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

\*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.



2. des ehemaligen Landes  
Preußen,

3. der ehemaligen National-  
sozialistischen Deutschen  
Arbeiterpartei (NSDAP),  
deren Gliederungen, deren  
angeschlossenen Verbände  
und der sonstigen aufge-  
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland und  
des Auswanderungsfonds  
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse  
oder Vergleiche vor, nach  
denen Ihnen allein oder ge-  
meinsam mit anderen Berech-  
tigten rückerstattungsrecht-  
liche Geldansprüche gegen  
einen der in Ziffer 3) ge-  
nannten Rechtsträger zu-  
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-  
behörde, Datum und Aktenzeichen  
des Beschlusses oder des Vergleichs)

5) Haben Sie allein oder gemein-  
sam mit anderen Berechtigten  
**weitere** rückerstattungsrechtliche  
Geldansprüche gegen einen  
der in Ziffer 3) genannten  
Rechtsträger geltend  
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-  
hörde und des Aktenzeichens)

6) Welche von den in Ziffer 3)  
bis 5) genannten rückerstat-  
tungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen sind ganz oder teil-  
weise abgetreten, verpfändet  
oder gepfändet worden?

nein

keine

Gfs. ist anzugeben  
a) in welcher H  
b) Name und A  
Abtretungsen  
oder Pfandgl

7) Auf welche vor  
3) bis 5) gena  
stattungsrechtli  
sprüchen habe  
Leistungen ode  
halten?

Gfs. ist anzugeben  
a) von welcher  
b) in welcher

8) Haben Sie F  
ansprüche an

(Anzugeben sind  
digungsansprüc  
der für Schaden  
Körper oder G  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben  
der Entschä  
und unter  
zeichen.

9) Haben Sie e  
tigten für  
rückerstattu  
Befriedigun  
rechtlicher  
vorgesehen  
stellt?

Gfs. ist Name  
des Bevoll  
geben.

Gfs. ist anzugeben

a) in welcher Höhe,

b) Name und Anschrift des  
Abtretungsempfängers  
oder Pfandgläubigers.

entfällt

Auf welche von den in Ziffer  
3) bis 5) genannten rücker-  
stattungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen haben Sie bereits  
Leistungen oder Darlehen er-  
halten?

keine

Gfs. ist anzugeben

a) von welcher Stelle,

b) in welcher Höhe.

Haben Sie Entschädigungs-  
ansprüche angemeldet?

Anzugeben sind sämtliche Entschä-  
digungsansprüche mit Ausnahme  
der für Schaden an Leben, an  
Körper oder Gesundheit oder an  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-  
cher Entschädigungsbehörde  
und unter welchem Akten-  
zeichen.

Mildesheim 217.058

Haben Sie einen Bevollmäch-  
tigten für das im Bundes-  
rückerstattungsgesetz für die  
Befriedigung rückerstattungs-  
rechtlicher Geldansprüche  
vorgesehene Verfahren be-  
stellt?

ja

Gfs. ist Name und Anschrift  
des Bevollmächtigten anzu-  
geben.

Rechtsanwalt

~~Frankfurt a. M.~~ / ~~Niedenaun 82~~

Unterbevollmächtigter:

*Max Levy*  
*Avocat à la Cour d'Appel Paris*  
*31. Rue de Cléry, Paris 2. E.*

**Max Levy**  
Rechtsanwalt und Notar  
Frankfurt a. M.  
Niedenaun 82  
Telefon 72 30 89

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

An mein hiesiges Konto: Bank Leumi Le  
Tel-Aviv. Filiale Frischmanspree 98.  
Konto Johanna Frank No. 21968.  
nach Abzug eines Teilbetrages, den mein Bundeskonto  
auf einander, von ihm zu befristenden  
Konto überweisen wird

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

Tel-Aviv, Israel.  
(Ort)

, den 20 April 1959  
(Datum)

Johanna Frank geb. Kah.  
(Unterschrift)

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5608/401

BV 42/423

Hamburg 13, den 24. Juni 1959.  
Telefon: 44 12 91

Reg.Nr. 2008

B e s c h e i d

Geschrieben	8.6.59	no
Gelassen		
Abgecandt		

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger ( Bundesrückerstattungsgesetz - BRUG - ) vom 19.7.1957 ( Bundesgesetzblatt I, S. 734 ) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg den

an Johanna Frank geb. Katz  
Sickerth Hen 45,

Pol. Aviv  
( Israel ) ✓

als Rechtsnachfolger nach

unterzeichnet: Rechtsanwalt Maurice Sorégin  
31. Rue de Long. Paris 2

oder Bevollmächtigter: Rechtsanwalt  
Max Levy

Frankfurt 9 dbain.  
Niederran 82 ✓

folgenden Bescheid:



I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen und gütlichen Einigungen zugrunde:

Vergleich vor dem Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer v. 4.12.58  
Pr.: Wilt 428/58 - Z 20949-2-✓

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Beschluss und gütlichen Einigungen stehen den Berechtigten nach Massgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

Zu I, 1) ..... DM  
Zu I, 2) ..... DM  
Zu I, 3) ..... DM  
Zu I, 4) ..... DM

Der hierdurch insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

in Höhe von DM 13.000. -  
(i.W.: dreizehntausend)

Deutsche Mark )

festgestellt zu

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis zu dem in § 32 Abs. 2 BRUG bestimmten Zeitpunkt auszusahlen.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen:

1. bis zu dem in Abs. 2 bestimmten Zeitpunkt DM
2. bis zu dem in Abs. 3 bestimmten Zeitpunkt DM

Der verbleibende Restbetrag von DM  
ist grundsätzlich bis zum 31.12.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

~~Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag~~ ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistende.. Zahlung wird gemäss § 36 BRUG d folgende Darlehen angerechnet:

- |                    |                 |
|--------------------|-----------------|
| 1. Darlehen von DM | mit Wirkung vom |
| 2. Darlehen von DM | mit Wirkung vom |
| 3. Darlehen von DM | mit Wirkung vom |

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäss § 37 BRUG an das Land bewirkt.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM an die Berechtigten zu bewirken.

IV

Stehen d<sup>er</sup> Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als T e i l - Bescheid.

V

G r ü n d e :

Aus dem in Ziffer I genannten Vergleich ergibt sich die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches für entzogenes Vermögen in Höhe von DM 13.000. Die Erfüllung dieses Anspruches richtet sich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz.

III

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRÜG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRÜG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VI

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 (3) Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Festgestellt:

Nachgerechnet:

Im Auftrag

*[Signature]*  
H.A. dr. VI b  
10 A

*[Signature]*  
(Dr. Grassmann)  
Reg. An.

Finanzdirektion Hamburg

An

18

Regierungspräsident  
Entschädigungsbehörde —  
F.B. - 217 058 -

(Antworten usw. bitte Geschäftszeichen  
Datum dieses Schreibens angeben.)

(20a) Hildesheim, den 12. Juni 1959

Fernsprechananschluß 7901  
Sprechzeit: Ausnahmslos Montag von 8-16 Uhr

**Oberfinanzdirektion Hamburg**  
Sprechzeit  
der Entschädigungsbehörde  
Hildesheim  
Ausnahmslos  
Montag von 8-16 Uhr  
16. JUNI 1959  
42

An die  
Oberfinanzdirektion

Hamburg 13 Sachgeb. I  
Harvestehuder Weg 14

Betr.: Rückerstattungssache Johanna Frank, geb. Katz,  
geb. 1.11.1872

Bezug: Ihr Schreiben vom 9.6.1959 - O 5608 - F 401 -  
BV 42/423 - Reg.Nr. 2008 -

Frau Johanna Frank hat die ursprünglich bei mir nach  
dem BEG geltend gemachten Ansprüche zurückgenommen,  
so daß ein Entschädigungsverfahren hier nicht mehr  
anhängig ist.

Im Auftrage:

*[Signature]*  
(Goldstein)

*Im Auftrage:  
F. Goldstein mit der Bitte  
um Zustellung des Bescheides*

*Lot 24/6 BC*

*8/18/6  
53*

Auftrag  
Grassma  
ungssass

be, auch die  
erwachsenen F  
le erwachsen  
en Hause wo  
lich de

bereit war, übergeben.

d zur Annahme bereit war, übe

wurde — und der Empfänger I



über die Zustellung eines mit folgender Aufschrift versehenen Briefes:

Absender:

Postdirektion Hamburg  
Hamburg 13  
Mörwede-Weg 14

Abt. BV und BA

Geschäftsnummer:

5608 - F 401 -

An

Herrn Rechtsanwalt und Notar  
Max L e v y,



Frankfurt/Main

Niederuau 82

Anbei ein Vordruck zur

19. JUNI 1959  
28. JUNI 1959

OFD Hamburg

Hamburg 13, den

24. Juni 1959

5608 - F 401 - BV 42/423

Reg.Nr. 2008

46

Fe

Vfg.

Mit Postzustellungsurkunde!

Herrn  
Rechtsanwalt und Notar  
Max L e v y,  
Frankfurt/Main

Niederuau 82

Geschrieben

Gelesen

Abgesandt 25. JUNI 1959

Betr.: Rückerstattungssache Frau Johanna F r a n k.  
Anlg.: 1 Bescheid.

Anliegend übersende ich Ihnen einen Bescheid nach dem Bundesrückerstattungsgesetz.- Die Berechtigte gibt im Fragebogen an, die Überweisung des ihr nach diesem Bescheid zustehenden Betrages auf ein bei einer Bank in Tel Aviv bestehendes Konto nach Abzug eines noch zu bestimmenden Teilbetrages vorzunehmen.- Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie den Bevollmächtigten der Berechtigten, Herrn Rechtsanwalt Maurice Schegin in Paris veranlassen würden, mir baldmöglichst nähere Angaben über Konto und Zahlungsweise mitzuteilen.

BV 11 m.d.B., den Bescheid  
zu siegeln

Absendung  
ZdA.BA.

Im Auftrag

( Dr. Grassmann )  
Regierungsassessor

Vermieter

selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in demselben Hause wohnenden Hauswirt - Vermieter -, nämlich de

de zur Annahme bereit war, übergeben.

in der Wohnung

nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in demselben Hause wohnende - Hauswirt - Vermieter -, nämlich de

d zur Annahme bereit war, übergeben.

5 Verweig. Annahme  
Nimmt nur in den Fällen 1.

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde - und der Empfänger hier weder eine Wohnung noch Geschäftslokal hat -, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Reg. Nr. 10000

3.4.5.

Vermögensbuchhaltung  
Werteverwaltung

Auszahlungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 4. Juni 1959 erteilten Bescheides steht der Berechtigten, Frau Johanna Frank geb. Katz, ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von 13.000,-- zu. Dieser Betrag ist auszuführen.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kap. 0804 Tit. 350 Rj. 19 59

6004 13.000 DM

Max Levy

RECHTSANWALT UND NOTAR  
Wohnort: 150983 Frankfurt (Main)  
Telefon: 723088  
Bank: Deutsche Bank, Frankfurt  
Postmark, Kto.-Nr. 40567

Oberfinanzdirektion  
Hamburg

- 1. JULI 1959

FRANKFURT AM MAIN  
Niederneu 82

den 29. Juni 1959

L/D

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
H a m b u r g 13

- 2. JULI 1959

Betr.: Johanna Frank - 2008 - F 401 BV 42/423

Zu Ihrem Schreiben vom 24. ds. Mts. bemerke ich, daß ich am 15. Dezember 1958 auf Veranlassung von Herrn Rechtsanwalt Maurice Schegin gebeten habe, den Betrag von DM 13.000.--

auf das Konto 302953 der Frau Johanna Frank, bei der Bank Gebrüder Bethmann, Frankfurt/M. *Dr. Grassmann* zu überweisen.

Für baldigste Überweisung des Betrages, mit Rücksicht auf das hohe Alter von Frau Frank, wäre ich sehr verbunden.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

Hamburg, den

Sachlich richtig und festgestellt

(Voss)  
VA. Gr. V. Ib. TO. A.  
(Amtsbezeichnung)

20. JULI 1959

Hamburg, den 16. Juli 1959

L.V. L.A.

*Dr. Grassmann*  
(Dr. Grassmann)  
Regierungsassessor



Oberfinanzdirektion Hamburg  
0 5608 - F 401 - BV 42/423 -

Entwurf

Hül

Ausg. BV Verw.

Nr.

6004

Reg. Nr. 2008

Ausfertigung für 6004 350  
" Vermögensbuchhaltung  
" Werteverwaltung

Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 24. Juni 1959 erteilten Bescheides steht der Berechtigten, Frau Johanna Frank geb. Katz, ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 13.000,-- zu. Dieser Betrag ist auszuführen.

### Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kap. 0804 Tit. 350 Rj. 19 59

Auszahlen sind 6004 13.000,--DM

(i. W.: Dreizehntausend ----- DM)

an: Frau Johanna Frank geb. Katz,

Sderoth Ren 45, Tel Aviv / Israel

Kto.: Ausländer-DM-Konto Nr. 302953 bei der Bank Gebrüder Betmann, Frankfurt a/Main, Betmannstr.

### Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Kf.

Buchungsstelle

Vermögensgr. 4315/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) eingetragen.

Lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

DM

(i. W.: ----- DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

### Auslieferungsanordnung.

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

/ über DM (i. W.: DM)

/ über DM (i. W.: DM)

/ über DM (i. W.: DM)

/ über DM (i. W.: DM)

Darlehensnehmer:

an BV

herauszugeben.

erhalten:

(Namen und Amtsbezeichnung)

Hamburg, den

Hamburg, den 16. Juli 1959

Sachlich richtig und festgestellt

(Voss)  
VA, Gr. V Id TO. A.  
(Amtsbezeichnung)

(Dr. Grassmann)  
Regierungsassessor

Reg. Nr. 2008

Durchschrift  
**Bescheid**

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

d er Berechtigten:

Frau  
Johanna Frank geb. Katz  
Sderoth Men 45  
Tel Aviv, Israel

als Rechtsnachfolger nach ./.

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Maurice Schegin  
31. Rue de Clery, Paris 2 e

Unterbegollmächtigter: Rechtsanwalt und Notar  
Max L e v y  
Frankfurt/Main, Niedenau 82

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

Vergleich vor dem Landgericht Hamburg, Wiedergutmachungskammer,  
vom 4.12.1958 - Az.: WiK 428/58 - Z 20 949-2-

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Vergleich steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG ein Anspruch in Höhe von

DM 13.000.--

(1. W.: Dreizehntausend Deutsche Mark)

zu.



III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis zu dem in § 32 Abs. 2 BRUG bestimmten Zeitpunkt auszuführen. Er ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

IV. Besch.

Stehen der Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

V.

Gründe:

Aus dem in Ziffer I genannten Vergleich ergibt sich die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches für entzogenes Umzugsgut in Höhe von

DM 13.000,--  
=====

Die Erfüllung dieses Anspruchs richtet sich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz. Der in Ziffer III genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VI.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

gez.

(Dr. Grassmann)  
Regierungsassessor

*Medel*